

Nr. der Beilagen zum stenographischen Protokoll des Salzburger Landtages
(2. Session der 15. Gesetzgebungsperiode)

Antrag

der Abg. Mag. Gutschl und Jöbstl betreffend die Einführung des Pflichtfaches "Politische Bildung" an Schulen.

Der Salzburger Landtag hat im Jahr 2004 die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Landtags-, Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen beschlossen. Durch die Wahlrechtsreform 2007 wurde das Wahlalter auch für die Nationalrats- und Bundespräsidentenwahlen sowie für die Wahlen zum Europäischen Parlament auf 16 Jahre gesenkt. Bei den darauf folgenden Wahlen haben über 16-jährige Jugendliche also bereits von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht.

Um die Salzburger und in weiterer Folge auch die österreichischen Jugendlichen mit der Wahlentscheidung nicht zu überfordern, sollte man sie bei ihrer neuen Verantwortung unterstützen, weswegen entsprechende Begleitmaßnahmen im Bereich der "Politischen Bildung" an den Schulen erforderlich sind.

Ende Juni 2010 wurden die Ergebnisse der International Civic and Citizenship Education Study, einer international vergleichenden empirischen Studie zur politischen Bildung präsentiert. Die österreichischen SchülerInnen haben im internationalen Vergleich hohes Interesse an politischen und sozialen Themen, beim Wissen darüber liegen sie allerdings nur im Mittelfeld. Insgesamt wurden bei der Studie aus Österreich 3.385 SchülerInnen, 999 LehrerInnen und 110 DirektorInnen an 142 Schulen befragt.

Vor allem der Lehrplan der Sekundarstufe 1, der keine Maßnahmen zur politischen Bildung enthält, muss geändert werden, um so bald wie möglich einen verstärkten Unterricht in diesem Bereich abhalten zu können. In den Hauptschulen, Neuen Mittelschulen, Polytechnischen Schulen, den AHS und BMHS ist die Einführung eines Pflichtgegenstandes "Politische Bildung" unbedingt erforderlich. Diese langjährige Forderung wurde auch bereits mehrmals vom Salzburger SchülerInnenparlament aufgestellt.

Hierbei sind für die Lehrkörper entsprechende Fortbildungen notwendig, um "Politische Bildung" entsprechend dem "Wahlrecht mit 16" unterrichten zu können.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher den folgenden

Antrag:

1. Die Landesregierung wird ersucht, an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, im Sinne der Präambel das Pflichtfach "Politische Bildung" ab der 7. Schulstufe an Schulen einzuführen.
2. Dieser Antrag wird Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschuss zur weiteren Beratung, Berichterstattung und Antragstellung an das Hohe Haus zugewiesen.

Salzburg, am 9. Dezember 2013